

Welt im Stress – Systemische Überlegungen in kritischer Lage¹

F. J. Radermacher²

¹ Beitrag zum Top-Management-Symposium des Universitäts-Club Klagenfurt „Burnout von Mensch und Organisation?!“, Abbazia di Rosazzo/Friaul, Italien, 7. Juni 2012

² Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), zugleich Professor für Informatik, Universität Ulm, Präsident des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA), Berlin, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome

Korrespondenzadresse: Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n), Lise-Meitner-Str. 9, D-89081 Ulm, Tel. 0731-50 39 100, Fax 0731-50 39 111, E-Mail: radermacher@faw-neu-ulm.de, <http://www.faw-neu-ulm.de>

Gliederung

1.	Einleitung	3
2.	Weltweite Problemlagen	5
3.	Die Entgrenzung des Finanzsektors – das Problem hinter den Problemen	7
4.	Welche Zukünfte sind möglich?	8
5.	Ökosozial statt marktradikal.....	8
6.	Wohlstand für alle – systemische Voraussetzungen	10
7.	Die zentrale Rolle der Weltenergiefrage	13
8.	Bessere Regulierung des Finanzsektors – das Problem hinter dem Problem	15
9.	2°C-Ziel Post-Kyoto - Wälder als Joker	28
10.	Führung in schwierigen Zeiten: die Bedeutung eines situativen Vorgehens (Doppelstrategie)	37
	Literatur	39

1. Einleitung

Die Welt sieht sich spätestens seit der Weltkonferenz von Rio 1992 vor der Herausforderung, eine **nachhaltige Entwicklung bewusst zu gestalten**. Das bedeutet insbesondere eine große Designaufgabe bezüglich der Wirtschaft, nämlich die Gestaltung eines nachhaltigkeitskonformen Wachstums bei gleichzeitiger Herbeiführung eines (welt-)sozialen Ausgleichs und den Erhalt der ökologischen Systeme. Im Jahr 2012, mit Blick auf die **Konferenz Rio + 20** wird deutlich, dass sich die Verhältnisse dramatisch verschlechtert haben. Wir haben die Zeit nicht genutzt. Ein extremer Verbrauch an Ressourcen, die höchsten CO₂-Emissionen aller Zeiten, ein völlig ungenügend reguliertes Weltfinanzsystem, Probleme in der Euro-Zone, Prekarisierung und Marginalisierung von immer mehr Menschen, Not und Elend rund um den Globus.

Ulrich Beck und Daniel Cohn-Bendit [2] stellen in dem von ihnen initiierten Manifest zur Neugründung Europas von Unten unter der Überschrift „Wir sind Europa“ jüngst folgendes zur aktuellen Lage fest:

Die Jugend Europas, besser ausgebildet denn je, erfährt mit den drohenden Staatsbankrotts und dem Niedergang der Arbeitsmärkte ihr „europäisches Schicksal“. Jeder vierte Europäer unter 25 Jahren ist arbeitslos. Dort, wo das jugendliche Prekariat seine Zeltlager errichtet hat und seine Stimme öffentlich erhebt, geht es um die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Ob in Spanien, Portugal, in den Ländern Nordafrikas, oder in den amerikanischen Großstädten, oder in Moskau – diese Forderung wird überall machtvoll vorgebracht. Es wächst die Wut über eine Politik, die mit riesigen Summen Banken rettet, aber die Zukunft der Jugend verspielt. Doch welche Hoffnung bleibt dann für ein Europa, das immer älter wird?

Wo liegen die Probleme? Was wäre erforderlich? Erforderlich wäre vor allem die Gestaltung der Wechselwirkung zwischen den Staaten in Richtung einer **Weltinnenpolitik**, eine Forderung, die auf **C. F. von Weizsäcker** [57] zurückgeht. In der Tradition des Club of Rome, der in diesem Jahr „40 Jahre Limits to Growth“ feiert [46], aber ebenso in der Tradition des Ökosozialen Forums Europa, der Global Marshall Plan Initiative und des Senats der Wirtschaft e.V., geht es dabei um aktuelle, international brennende Themen, wie z. B. Weltsozialstrukturen, Regulierung von Steuerparadiesen und Offshore-Strukturen, Energie und Klima, Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm, soziale Balance, neue Wohlstandsbegriffe und „grünes“ Wachstum. In diesem Rahmen könnten Forderungen eines **Weltethos** [14, 15, 16, 17] und des **interkulturellen Humanismus** lebenspraktisch verwirklicht werden, ebenso Anliegen einer **intergenerationalen Gerechtigkeit** [56]. Ferner würde durch adäquate Regelsetzung auch bewirkt, dass es sich ökonomisch nicht lohnt, gegen vernünftige Regeln und gegen schützenswerte Interessen anderer systematisch zu operieren. Das ist allerdings das genaue Gegenteil von dem, was heute passiert. Wir „marschieren“ in Richtung schwieriger Verhältnisse. **Die Welt ist im Stress** [9] und findet bisher keinen Weg, etwas dagegen zu tun.

Deshalb sind die Chancen zur Erreichung dieses Ziels vom Charakter einer **Balance** alles andere als gut. Wie im Folgenden beschrieben wird, ist das (nur) eine von drei prinzipiellen Zukunftsperspektiven für die Menschheit. Die anderen sind ein **Kollaps** oder eine **Neo-Feudalisierung/Brasilianisierung**, wahrscheinlich verbunden mit Terror und Bürgerkrieg [37, 44, 45]. Der vorliegende Text beschreibt die drei Optionen und beschreibt eine **Doppelstrategie**, wie man am besten mit dieser Situation umgeht. Mit einem Global Marshall Plan [1, 29] wird zugleich ein konkretes Programm thematisiert, wie Balance - in einer weltweiten Perspektive - vielleicht noch rechtzeitig gesichert werden kann [44].

2. Weltweite Problemlagen

Explosive Beschleunigung

Die Welt befindet sich zum Anfang des neuen Jahrhunderts in einer extrem schwierigen Situation. Als Folge der ökonomischen Globalisierung befindet sich das weltökonomische System in einem Prozess zunehmender Entfesselung und Entgrenzung im Kontext des **Megatrends „explosive Beschleunigung“**, und das unter weitgehend inadäquaten weltweiten Rahmenbedingungen.

Das korrespondiert zu dem eingetretenen **Verlust des Primats der Politik**, weil die politischen Kernstrukturen nach wie vor national oder, in einem gewissen Umfang, kontinental, aber nicht global sind. Die beschriebenen Entwicklungen beinhalten zwar gewisse Chancen für Entwicklung, laufen aber gleichzeitig wegen fehlender internationaler Standards und durchsetzbarer Regulierungsvereinbarungen und der daraus resultierenden Fehlorientierung des Weltmarktes dem **Ziel einer nachhaltigen Entwicklung entgegen**. Die Entwicklungen erfolgen teilweise zu Lasten des sozialen Ausgleichs, der Balance zwischen den Kulturen und vor allem der globalen ökologischen Stabilität. Wo liegen dabei die ganz großen Herausforderungen?

Die Umwelt- und Ressourcenfrage

Aufgrund der gegebenen Hinweise erweist sich im Kontext der Globalisierung der **Zugriff auf Ressourcen** und die **Erzeugung von Umweltbelastungen** als ganz großer Problembereich. Ohne Ressourcen kein Reichtum! Und Kollaps bei übermäßigem Zugriff. Wer kann, wer darf auf Ressourcen in welchem Umfang zugreifen? Das kann eine Frage von Krieg und Frieden werden.

Das rasche Wachsen der Weltbevölkerung **verschärft die Situation signifikant und in sehr kurzen Zeiträumen**. Die Menschheit bewegt sich in Richtung auf 10 Milliarden Menschen [13, 26]. Hinzu kommt das Hineinwachsen von Hunder-

ten Millionen weiterer Menschen in ressourcenintensive Lebensstile. Dies war lange Zeit ein fast ausschließliches Privileg der reichen Welt und ist eine der wesentlichen Folgen der forcierten Globalisierung in den letzten Jahrzehnten. Aus Gerechtigkeitsüberlegungen wünschenswert, für die Nachhaltigkeit bisher ein Desaster.

Es könnte in der Folge der Entwicklungen in den nächsten Jahrzehnten trotz massiver Steigerung der Nahrungsmittelproduktion eng werden hinsichtlich der **Ernährung der Weltbevölkerung**. Um 2015 ist der **Höhepunkt der Ölproduktion** zu erwarten. Hier drohen erhebliche Problemlagen und Konflikte. Im Bereich der CO₂-Emissionen bewegen wir uns wahrscheinlich heute schon auf eine **Klimakatastrophe** zu. Mit Blick auf den Bestseller »Kollaps: Warum Gesellschaften überleben oder untergehen« von Jared Diamond [4], der aufzeigt, welche Konstellationen in einer historischen Perspektive zum Zusammenbruch ganzer Gesellschaften geführt haben, deuten sich erhebliche Verwerfungen an. Der Ressourcendruck verschärft sich von mehreren Seiten und die (welt-)politische Situation ist nicht günstig, um mit diesem Thema adäquat umzugehen. Hinzu kommt, dass große Teile der Eliten - weltweit - eine Bewältigung dieser Herausforderungen bisher nicht als ihre zentrale Aufgabe ansehen. Insofern sind neue - nämlich **globale** wie einem universellen Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtete - **Bildungsprozesse** weltweit zu initiieren, die globalen Entscheidern übernationale wie interkulturelle und interreligiöse Notwendigkeiten/Motivationen vermitteln. Nationaler bzw. regionaler Gruppenegoismus wird zu Loose-Loose-Situationen führen: **Global Leadership ist gefordert!**

Der Bumerang-Effekt

Die Frage der **Limitation des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen** und der **Begrenzung der Umweltbelastungen in einer globalen Perspektive** tritt vor dem beschriebenen Hintergrund in das Zentrum aller Versuche zur Erreichung zukunftsfähiger Lösungen, denn der technische Fortschritt alleine, so sehr er die Umweltbelastungen pro produzierter Einheit zu senken vermag (**Dematerialisierung, Erhöhung der Ökoeffizienz**), führt aufgrund des so ge-

nannten **Bumerangeffekts** [22] in der Summe zu eher mehr als zu geringeren Gesamtbelastungen der ökologischen Systeme. Mit jeder Frage nach Begrenzung, etwa der CO₂-Emissionen, stellt sich aber sofort die weltweite und bis heute unbeantwortete **Verteilungsproblematik** in voller Schärfe.

3. Die Entgrenzung des Finanzsektors – das Problem hinter den Problemen

Das vielleicht größte Problem weltweit ist zurzeit die Entgrenzung des Finanzsektors in Folge der Globalisierung in Form des **digitalen Kapitalismus** [8, 52]. Geld vagabundiert unkontrolliert um den Globus, sucht nach immer höheren Renditen, setzt Regierungen unter Druck und entsteht fast aus dem Nichts. Größtes Wertschöpfungssegment wird dabei einerseits die **Vermeidung von Steuerzahlungen** unter Ausnutzung komplexer internationaler Gesetzeslagen und der besonderen Möglichkeiten von **Off-Shore-Finanzplätzen**, andererseits die **Geldneuwertschöpfung** bzw. die Kreditaufnahme durch Premium-Schuldner. Die Modifikationen der Finanzmarktregulierungen der letzten Jahre von der Krise erlauben kleinen Gruppen von Premium-Akteuren die Generierung von Geld quasi aus dem Nichts durch neue Formen der Geldwertschöpfung unter Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente und bestimmter Formen von Schuldverschreibungen. Gleichzeitig ermöglicht die **Verlagerung von Arbeit** Gewinne bei wenigen zu Lasten hoher Verluste bei vielen. Mittlerweile kommt es zum Rückbau der Sozialsysteme in reichen Ländern, zu einer „**Ausplünderung**“ **des Mittelstandes** [11, 12, 49] und zu Reduktionen bei den Steuereinnahmen der Staaten (nach Abzug der Schuldzinsen). Insgesamt ist dies eine Entwicklung, bei der die Stabilität durch immer größere Kurzfristigkeit gefährdet wird, auch zu Lasten der Zukunft. Dies zeigt sich für alle deutlich in der aktuellen Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise, deren Ende noch nicht absehbar ist [35, 36, 52, 53]. Allerdings besitzt selbst diese Entwicklung den „Charme“, den hohe soziale Ungleichheit für Eliten besitzt und der unten vertieft im Sinne einer **Brasilianisierung** diskutiert wird.

4. Welche Zukünfte sind möglich?

Richtet man den Blick auf das weltweite Geschehen und berücksichtigt die nächsten 50 Jahre, so resultieren aus der beschriebenen Gesamtkonstellation, d. h. den Risiken bezüglich Umwelt und Ressourcen einerseits und den Risiken bezüglich sozialer und kultureller Balance andererseits, **drei mögliche Zukünfte** [20, 23, 26, 37] im Sinne von **Attraktoren**, die im weiteren kurz diskutiert werden und von denen zwei extrem bedrohlich und nicht mit Nachhaltigkeit vereinbar sind. Die drei Fälle ergeben sich aus der Frage, ob die beiden großen weltethischen Postulate: (1) **Schutz der Umwelt und Begrenzung des Ressourcenverbrauchs** und (2) **Beachtung der Würde** aller Menschen (eingeschränktes weltweites Demokratieprinzip) erreicht werden. Gelingt (1) nicht, machen wir also weiter wie bisher, kommt der Kollaps. Gelingt (1), ist die Frage „wie?“. Durch Machteinsatz zu Gunsten weniger, zu Lasten vieler – dann finden wir uns in einer Ressourcendiktatur und dazu korrespondierend in der Brasilianisierung wieder. Nur im Fall von Konsens landen wir in einem Modell mit Perspektive, einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft. Konkret ergeben sich also drei Perspektiven:

- (1) Business as usual führt letztlich zum ökologischen Kollaps.
- (2) Brasilianisierung als wahrscheinlichste Lösung
- (3) Weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft als Perspektive

5. Ökosozial statt marktradikal

Als Perspektive erscheint einzig der ökosoziale und im Kern ordoliberaler Ansatz regulierter Märkte, wie er für Europa (**soziale Marktwirtschaft**) und die asiatischen Volkswirtschaften (**Netzwerkökonomien**) typisch ist. Für dieses Modell gilt in einer **weltweiten** Perspektive die sogenannte Fundamentalidentität [10, 45]:

Marktwirtschaft + nachhaltige Entwicklung = Ökosoziale Marktwirtschaft
--

Das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft ist im Rahmen der Weltökonomie fortzuentwickeln [19, 21, 24, 25, 26, 30, 33, 47, 48, 54, 55, 58, 63] und würde letztlich im Rahmen eines **Weltvertrages** [6] Forderungen eines Weltethos und des interkulturellen Humanismus [7] übersetzen in eine Form von **Weltinnenpolitik** mit **weltdemokratischem Charakter**, wie sie von C. F. von Weizsäcker immer wieder thematisiert wurde. Einen aktuellen Ansatz, einen solchen Weg weltweit zu befördern, stellt ein **Global Marshall Plan** dar, der Strukturbildung und Durchsetzung von Standards mit der Co-Finanzierung von Entwicklung verknüpft. Dies wird weiter unten beschrieben.

Die **Europäische Union** beweist in ihren Ausdehnungsprozessen trotz der aktuellen Schwierigkeiten der EURO-Zone permanent die Leistungsfähigkeit dieses Ansatzes. International sei ebenso auch auf das erfolgreiche **Montrealer Protokoll** verwiesen, das nach derselben Logik vereinbart wurde.

Das europäische Modell ist in dieser Logik der wohl einzige erfolgversprechende Ansatz für Friedensfähigkeit und eine nachhaltige Entwicklung und steht in scharfem Kontrast zu dem marktradikalen Modell der Entfesselung der Ökonomie (**Turbokapitalismus**) ohne die weltweit verbindliche Durchsetzung einer Verantwortung für die Umwelt und das Soziale. Dabei ist zu beachten, dass es den Marktfundamentalisten gelungen ist, ihre Position über manipulierte Bilder tief in den Gehirnen vieler Menschen zu verankern [18].

Begründungen für die Überlegenheit einer Ökosozialen Marktwirtschaft gegenüber dem Marktfundamentalismus werden offensichtlich, wenn man die **systemischen Voraussetzungen** von Wohlstand herausarbeitet [32]. Dies wird in Kap. 6 behandelt. Dort geht es darum, was erforderlich ist, wenn Wohlstand für die ganze Welt in Frieden mit der Umwelt das Ziel ist. Weltweit muss man dazu tun, was in guten Staaten funktioniert, nicht, was noch nie in einem Staat funktioniert hat. Die Welt könnte viel reicher sein. Verwiesen sei hierzu auf die **Zukunftformel** $10 \sim > 4:34$ des Autors [25, 26]. Sie besagt im Wesentlichen, dass die Welt bei richtiger Vorgehensweise in etwa 70 Jahren 10-mal so reich

sein kann wie heute, wobei die heute reiche Welt etwa 4-mal so reich und die sich heute entwickelnden Länder etwa 34-mal so reich sein können. Das ist einerseits eine Frage weiterer extremer **technischer Innovationen** (für die die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen müssen), andererseits eine Frage der Veränderung der Lebensstile und Konsummuster, teils aus Einsicht in Notwendigkeiten und teils wegen veränderter Preisrelationen als Folge massiver **Innovationen in Global Governance**. Die Bevölkerung in den ärmeren Teilen wächst in den hier beschriebenen Szenarien dabei fast noch auf das Doppelte. Die **soziale Balance** auf dem Globus entspricht dann nach etwa 70 Jahren in etwa derjenigen heute in Europa. Die drohende **Ressourcenknappheit** wird durch entsprechende Rechtezuordnungen, Preisentwicklungen, neue Technologien und andere Lebensstile bewältigt. Der zukünftige Lebensstil wäre dann sehr viel weniger ressourcenintensiv als heute, u. a. wegen hoher Preise für Ressourcen. Hochwertige, kreative Dienstleistungen werden im Gegenzug sehr viel preiswerter.

6. Wohlstand für alle – systemische Voraussetzungen

Im Zuge der historischen Entwicklung ist es in den entwickelten Ländern gelungen, ein **hohes Maß an Freiheit** und **große Lebenschancen** für fast alle Menschen mit einem hohen kulturellen Niveau und großem Reichtum zu verknüpfen. Wenn man dies erhalten bzw. überall auf der Welt verwirklichen will, ist es wichtig zu verstehen, was Staaten reich macht. Was zeichnet funktionierende, wohlhabende, gute Staaten gegenüber anderen Staaten aus? Besonders wichtig ist die Grundsatzfrage, ob es primär exzellente Leistungen Einzelner sind, die Reichtum erzeugen oder erhalten, oder ob es eher **systemische Dimensionen** sind, die dafür erforderlich sind, also ein erfolgreiches System als Ganzes den Reichtum erwirtschaftet. Produzieren Individuen den Reichtum oder das System als Ganzes? Dieser Punkt hat zentrale Bedeutung auch für die Frage, wem welcher Anteil des Reichtums legitimerweise oder vernünftigerweise zufallen soll (**Verteilungsfrage**).

Wenn wir dabei über reiche Länder sprechen, meinen wir hier nicht einzelne Länder mit meist kleiner Bevölkerung, die über besondere Bodenschätze, insbesondere Öl, Diamanten oder seltene Materialien verfügen und deren Reichtum auf der Ausbeutung dieser Ressourcen beruht. Diese Länder hängen im Prinzip an dem Reichtum, den andere Teile der Welt erzeugen. Oft haben sie **autoritäre**, teils patriarchalische Strukturen, die aus der Kontrolle und dem Verteilen des über Rohstoffhandel erzeugten Reichtums resultieren, und oft machen die Führungen ‚Deals‘ mit der reichen Welt zu Lasten ihrer Bevölkerung bzw. der Bevölkerung der benachbarten Länder. Häufig werden solche Rohstoffanbieter überhaupt nur deshalb von der reichen Welt **als Staat akzeptiert und beschützt**, um diese Art ‚Deals‘ machen zu können, eine besonders subtile Form der Macht- ausübung und Willkür der reichen Welt gegenüber der Bevölkerung der ärmeren Länder.

Insbesondere die **nachkolonialen Strukturen**, die die europäischen Mächte im Mittleren Osten hinterlassen haben, sprechen Bände. Wir haben dort Verhältnisse erzeugt, die bei uns undenkbar wären. Man stelle sich vor, der Landkreis Lüneburg würde sich nach Finden von Öl unter seinem Boden zum Staat ausrufen und die USA würde ihn anerkennen, ein Schutzbündnis mit ihm schließen und sich mit dem Landrat, der jetzt Präsident wird, den Gewinn aus dem Ölfeld teilen. Die umliegende deutsche Bevölkerung schaut dabei zu. Oder man stelle sich vor, die Europäer hätten die Unabhängigkeit eines Staates Texas von den USA zu garantieren versucht, nachdem dort Öl gefunden wurde.

Das Beispiel Kuwait ist in diesem Kontext interessant. Dort gibt es viel Öl und nur eine kleine einheimische Bevölkerung. Der Irak hat Kuwait immer als Provinz des Landes gesehen. Gäbe es auf der arabischen Halbinsel Verhältnisse wie in den USA oder Russland oder in Europa vor 200 Jahren, wäre eine **Unabhängigkeit Kuwaits undenkbar**. Heute ist es dort so, dass es im Land 1.900 000 Staatsbürger gibt. Der Reichtum ist so groß, dass die führende Dynastie ihren Bürgern Folgendes bieten kann: Jedes Paar erhält zur Hochzeit etwa 190.000 € als zinsloses Darlehen zur Abzahlung der vom Staat gebauten Häuser. Es werden keine

Steuern bezahlt, Erziehung und Gesundheitsversorgung sind auf hohem Niveau frei, das schließt teilweise auch medizinische Behandlungen im Ausland mit ein.

Weltweit gibt es diesen Fall (**interessante Rohstoffe, kleine Bevölkerung**) nicht oft, da eine einfache Rechenübung zeigt, dass nicht für viele Menschen auf diesem Wege ein (abgeleiteter) Reichtum realisiert werden kann. Das gilt übrigens genauso für einen anderen Typus kleiner reicher Länder oder Enklaven (**Sonderzonen**) großer Länder, die entweder als Standort von Casinos (z. B. Macao) oder – noch viel attraktiver – als **Steuerparadies, Schwarzgeldumschlagplätze**, Standort von Briefkastenfirmen etc. ihren Wohlstand generieren. Von solchen Ländern kann man nicht viel darüber lernen, wie ein Land reich wird. Es sind eher „parasitäre“ Strukturen. Manches spricht dafür, dass diese Art von Reichtum sogar ein **Fluch** für ein Land und seine Menschen sein kann. Wir beschäftigen uns im Weiteren nicht mit dieser Ausnahmesituation sondern mit dem Normalfall.

Was macht Länder reich?

Im Weiteren werden acht Punkte aufgezählt und analysiert, die aus Sicht des Autors von besonderer Bedeutung für den Reichtum eines Landes zu sein scheinen. Dies ist in dem Sinne gemeint, dass ein massiver Einbruch bei jedem dieser Punkte zur Folge hat, dass der Reichtum eines Landes kollabiert, egal, ob die anderen sieben Punkte erfüllt sind oder nicht, während Länder, bei denen alle acht Punkte gleichzeitig gegeben sind, empirisch betrachtet, reich sind. Diese acht Aspekte sind:

1. ein gut funktionierendes, leistungsfähiges **Governance-System**
2. exzellent ausgebildete und geeignet orientierte und motivierte Menschen (insbesondere: **Bildung, Gesundheit und Alter** als Kernfrage des Sozialen)
3. hervorragende **Infrastrukturen** auf internationalem Niveau
4. ein hervorragender **Kapitalstock**
5. Zugriff auf benötigte **Ressourcen und Erhalt der ökologischen Basis**

6. eine **leistungsfähige Forschung** und international konkurrenzfähige **Innovationsprozesse**
7. ein leistungsfähiges **Geld- und Finanzsystem**
8. eine enge **Einbettung** der Unternehmen und Menschen in weltweite Wertschöpfungsnetzwerke

7. Die zentrale Rolle der Weltenergiefrage [38]

Die Menschheit bzw. ihr reicher Teil verdankt aufgrund des Gesagten heute ihren hohen Reichtum einer Reihe von systemischen Voraussetzungen, zu denen auf Ressourcenseite zentral der Verfügbarkeit sehr großer Depots an **fossilen Energien**, insbesondere Kohle, Gas und Erdöl gehören, die in Millionen Jahren aufgebaut wurden. Wir verbrauchen diese Depots relativ schnell, haben dadurch aber einen enormen „**Windfall Profit**“ an erzeugbarem Reichtum. Wenn wir weltweit keine Rückschritte erleben wollen, wenn wir insbesondere Milliarden weitere Menschen in die Weltökonomie integrieren und für bessere Lebensumstände überall sorgen wollen, dann ist das unter Bedingungen des absehbaren Rückgangs der verfügbaren Menge an Öl und Gas (wie im Kontext von „Peak-Oil“ absehbar), enorm problematisch, insbesondere, weil die Nutzung fossiler Rohstoffe zusätzlich mit **erheblichen CO₂-Emissionen** verbunden ist und eine billige Kompensationstechnik dafür bisher nicht in Sicht ist. Hinzu kommt, dass mit der Atomkraft zwar eine Alternativenergie vorliegt, diese aber aus der Sicht vieler ein zweiseitiges Schwert ist, verbunden mit enormen weiteren Problemen, z. B. auf der Sicherheits-, Entsorgungs- und Akzeptanzseite. Daraus resultiert z. B. der **Ausstiegsbeschluss Deutschlands** in jüngster Zeit als Folge des atomaren Unfalls in Fukushima in 2011. Das heißt, die Welt braucht dringend **andere Energiesysteme**, solche die werthaltig, nachhaltig und ohne ‚end of pipe‘ Probleme sind.

Das ist ein Thema, bei dem es heute in der öffentlichen Debatte eine starke **Fixierung auf die Sonne** gibt. Das ist angesichts der Größe der Sonneneinstrah-

lung nachvollziehbar. Die Sonne bringt enorme Energiemengen permanent auf die Erde. Dies aber leider nur in einer sehr geringen Energiedichte und diskontinuierlich. Das „Ernten“ ist deshalb schwierig. Auch könnten die „Erntemethoden“, von Windrädern über Photovoltaik bis zu Biomasse und Holzschnitzeln durchaus wirkungsvoller sein. Gibt es weitere Alternativen, insbesondere solche, die zu einer preiswerten und CO₂ neutralen **Energiequelle großen Volumens** führen, die nach Sicht des Autors Voraussetzung dafür ist, zukünftig 10 Milliarden Menschen ein Leben in Reichtum, Frieden mit der Natur und Balance untereinander zu ermöglichen?

Ja. Es gibt solche Alternativen. Wie so oft, kann der technische Fortschritt das Bild verändern – falls die Finanzierungs- und Governancebedingungen stimmen, also die entsprechenden Anstrengungen unternommen werden und letztendlich zum Erfolg werden – was man allerdings in der Regel erst im Nachhinein weiß. Unsere Gesellschaft erweist sich allerdings in den letzten Jahrzehnten, nicht zuletzt aufgrund der völlig absurden Anreizstrukturen im Finanzsektor als unfähig, die erforderlichen Innovationsprozesse auch nur zu starten.

Drei solche Ansätze [38, 44, 50] werden nachfolgend erwähnt:

(1) Aufwindkraftwerke

Große „Schornsteige“ in Wüsten, in denen heiße Luft aufsteigt und eine Turbine anbeibt.

(2) DESERTEC (Mitinitiiert durch den Club of Rome, Nutzung der Solarpotentiale in der Sahara, Förderung der Zusammenarbeit zwischen Nordafrika und Europa, insbesondere auch zur Erschließung Nordafrikas und Schaffung leistungsfähiger kontinentaler und Kontinente-übergreifender Overlay-Netze auf Basis von Hochspannungs-Gleichstromnetzen mit minimalen Transportverlusten.)

(3) SC-GeoPower-Kraftwerke im GW-Bereich (Erschließung der unerschöpflichen, hochkonzentrierten Energiepotentiale im Inneren der Erde in Tiefen von mehreren Tausend Metern, hoffentlich zukünftig auch in tiefen

von 15 km und mehr, zur Produktion von (perspektivisch **superkritischem) Wasserdampf**. Hierfür sind neue Bohrtechnologien, z. B. Super-Tief-Bohrtechnologie auf Basis eines Schmelzbohrverfahrens, ein alternativer neuer Ansatz.)

8. **Bessere Regulierung des Finanzsektors – das Problem hinter dem Problem** [41]

Jahrzehntelang hat sich die westliche Politik, beginnend mit dem historischen „Sieg“ über den Kommunismus, der immer vehementer vorgetragenen Philosophie der „freien Märkte“ als Letztinstanz und adäquater Regulierungsstruktur für immer mehr Bereiche des Lebens hingegeben. Die Devise hieß TINA: **There is no Alternative**. Diese Devise ist falsch. Es gibt immer Alternativen. Es gibt aber auch **starke Interessen**, die vom Status Quo profitieren und die derartige Alternativen mit aller Macht verhindern wollen.

Zugegebenermaßen wurde über die Entfaltung der Marktkräfte im Rahmen der Globalisierung vieles erreicht, z. B. in China und Indien, aber teils um einen hohen Preis. Das System ist heute **extrem überschuldet**. Und die zunehmende Bedrohung der Umwelt- und Ressourcenbasis kann bei weiteren Fehlern zur Folge haben, dass die als Zusage verbrieften Leistungsversprechen wie die in Breite bestehenden Forderungen an die Zukunft nie werden eingelöst werden können. Hinzu kommt, dass sich die soziale Balance in den letzten Jahren vielerorts deutlich verschlechtert hat. Das Klima zwischen den Menschen wurde rauer, viele Menschen sind wegen der Entwicklung **verbittert**. In vielen entwickelten Ländern haben sich große Niedriglohnsektoren und **prekäre Arbeitsverhältnisse** ausgebreitet, während die Steuern für die großen Gewinner dieser Prozesse ständig gesenkt wurden. In anderen Teilen der Welt wird die Menschenwürde mit Füßen getreten. Am Ende stellt sich die Frage – wofür das alles? Erfolge ja, aber viel zu oft auch nur Scheinerfolge, dazu viele Halbwahrheiten, viele „Mogelpackungen“, massive Umweltbelastung, überzogener Ressourcenverbrauch und Klimaproblematik, Hunger und Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen,

Umverteilung von unten nach oben, „Entleerung“ der Demokratie, legalisierte und nichtlegale Steuerhinterziehung, Verdeckung von Eigentums- und Gewinnmitnahmestrukturen gemäß der Devise: Off-shore, Off-sheet. Es ist ein Skandal, dass weltweit die höchsten Gewinnmitnahmen mit den geringsten Steuern belastet sind.

Und jetzt kommt zu alledem noch die Finanz- und Eurokrise dazu. Sie hat ihre Ursachen auch in einer unzureichenden Finanzkultur einzelner Staaten. Vor allem ist sie aber zum jetzigen Zeitpunkt eine Folge der Weltfinanzkrise. Nach unglaublichen, in der Sache durch **nichts begründeten Gewinnmitnahmen Weniger**, folgt jetzt die Sozialisierung der Verluste. Und dies passiert zu Lasten ohnehin schon hochverschuldeter Staaten, denen von interessierten Kreisen in manchen Fällen durchaus zu Recht, manchmal aber auch zu Unrecht, Ineffizienz, Selbstbedienung, Disziplinlosigkeit und ein Zuviel an sozialen Wohltaten vorgeworfen wird, während diese Staaten gleichzeitig in der Folge über Spekulation gegen ihre Währungen und gezielte Ratinganpassungen ein weiteres Mal ausgeplündert werden. Die Opfer dieser Prozesse sind wieder die **Menschen in großer Breite**.

Der internationale Protest hat die Verlogenheit und das hohe Gefährdungspotenzial Casino-kapitalistischer Verhältnisse erkannt und hält endlich dagegen, hoffentlich mit Erfolg.

Die weitgehende Hilflosigkeit des einzelnen Staates – Supranationale Koordinierung (Governance) als Antwort

In einem global immer schneller agierenden Casino-Kapitalismus wird überall und immer schneller spekuliert, kreativ gestaltet, vermarktet und manipuliert. Der **Nationalstaat** ist als Einzelner der Macht des Finanzsektors **relativ machtlos ausgeliefert**. Und der immer noch stärkste Staat, die USA, wirkt wie ferngesteuert durch das Finanzkapital. Die EU ist in der Regel zu uneinig, um kraftvoll agieren zu können und die notwendige supranationale Kooperation auf UN- oder

z. B. G-20-Ebene ist bisher wegen gravierender Interessenunterschiede nicht gelungen. Eine Sonderrolle nehmen dabei immer wieder die USA, häufig auch Großbritannien, ein.

Was wäre als Alternative zu dem nichtakzeptablen Status quo stattdessen zu leisten? Die Politik muss Pflöcke einschlagen, muss die **Macht des Finanzsektors- und des Schattenbankensystems** brechen, muss nachhaltigkeitsadäquate Leitplanken für globale Märkte durchsetzen. Diese müssen geeignet sein, die aktuelle Krise zu überwinden und allen Menschen sowie zukünftigen Generationen eine **Wohlstandsperspektive** ermöglichen - in Übereinstimmung mit der ökologischen Tragfähigkeit in weltweiter sozialer Balance. Es geht also um die voll umfängliche Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung, statt immer nur darüber zu reden. Die Durchsetzung der **Millenniumsentwicklungsziele**, die im Rahmen der Millenniumserklärung aus dem Jahr 2000 von 192 Staatschefs unterschrieben wurde, gehört als Minimum dazu, wie das die Global Marshall Plan Initiative von Anfang an immer wieder gefordert hat.

Von abgestimmter Umwelt- und Klimapolitik bis zu einem **Weltsozialminimum**, von der Besteuerung von Transaktionen bis zur **Isolierung bzw. Verunmöglichung** von **Finanz- und Steuerparadiesen** sowie an Offshore-Strukturen sind endlich zukunftsfähige Lösungen erforderlich. Off-shore, off-sheet muss ein Ende haben. Eine Einigung auf ein solches Programm wird Querfinanzierungs-Transfers von den reichen Teilen der Welt zu sich entwickelnden Teilen der Welt im Sinne eines weltweiten Marshall Plans beinhalten müssen, im Gegenzug können endlich gemeinsame Schutzstandards für die Umwelt und das Soziale durchgesetzt werden. Ziel ist dabei eine „Ordnung der Balance“ und der Fairness in den Märkten. Das Geld- und Kreditsystem soll dabei wieder primär eine „dienende“ Rolle übernehmen. Substanzielle Renditen im Finanzsektor sollten nur in Form einer fairen Partizipation an ermöglichten Renditen in der Realökonomie erreichbar sein.

Markt + Nachhaltigkeit = weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft

Das Neue – der internationale Protest

Nun ist eine neue Situation entstanden. Der erstmals **global zeitgleiche Protest** in fast allen Staaten der G-20 und darüber hinaus schafft erstmals eine gemeinsame internationale Öffentlichkeit und einen partizipatorischen Prozess, als Teilersatz des institutionell fehlenden welt demokratischen Prozesses zum Umgang mit den aufgeworfenen Themen. Diejenigen, die jetzt protestieren, sind in ihrem **systemischen Denken** und der **supranationalen Orientierung** oft schon weiter als die immer noch primär national argumentierende Politik. Tatsächlich sind die wesentlichen Fragen heute globaler Natur. Wie schon auf dem Höhepunkt der Weltfinanzkrise besteht auch heute wieder in jedem Land politischer Handlungsdruck in eine ähnliche Richtung. In dieser Gemeinsamkeit liegt aktuell eine Chance zur Überwindung der Handlungsblockaden im Kontext einer bisher **inadäquaten supranationalen Koordinierung**, die endlich zugunsten der großen Mehrheit der Menschen ausgestaltet werden soll. In gemeinsamer weltweiter Abstimmung, in Reflektion der Anliegen der Menschen in ihrer großen Mehrheit, kann die Politik in einer zu erwartenden harten Auseinandersetzung mit den Profiteuren des Status quo und ihren mächtigen Lobbystrukturen hoffentlich den erforderlichen Neuanfang koordinieren.

Bausteine erforderlicher Veränderungen: Finanzsektor

Den Finanzsektor in die Schranken weisen

(Die Ordnung unserer Zivilisation kommt von den Menschen und nicht aus dem Finanzsektor)

Die Eigentumsstruktur im Finanzsektor muss bei Verlusten haften

(Eigenkapitalbasis muss gemeinwohlverträglicher erhöht werden; keine Sozialisierung von Verlusten)

Herstellung von **Transparenz**

(Transparenz aller Prozesse mit Finanzcharakter / Verbot von „Over the Counter-Geschäften“, „TÜV“ und Grundbuch für Finanzprodukte und/oder Finanzmarktakteure; Genehmigungspflicht für neue Produkte)

„Too big to fail“ im Finanzsektor ausschließen

(Banken und Finanzinstitutionen müssen, wo erforderlich, über Aufteilung gemeinwohlverträglich re-dimensioniert werden)

Besteuerung aller Finanzgeschäfte, insbesondere Finanztransaktionen

(Transaktionssteuer/Devisensteuer/Steuer auf den Handel mit strukturierten Produkten)

Produktsteuer für best-geratete (nicht-staatliche) Kreditnehmer

(eine Steuer auf die Schöpfung von Finanzprodukten / Geldschöpfung insbesondere für best-geratete (nicht-staatliche) Kreditnehmer / Leverage Money Tax / Schwellgeldsteuer, auch als Ersatz für die Umsatzsteuer)

Besteuerung gehebelter spekulativer Investments

(generell muss die relative Zinsbelastung in der Realökonomie günstiger sein als bei spekulativen Aktivitäten ohne direkten Bezug zur Realökonomie)

Abschaffen / Transformation des **Schattenbankensystems**

(Regulierung und Transparenz bzw. Verbot heutiger grauer Finanzmärkte)

„Einhegung“ Rating-Agenturen

(Verbesserung der Genehmigung und Aufsicht; keine weiteren Insider-Geschäfte und biased Incentives, „Übersetzung“ gemeinwohlorientierter Anliegen und Nachhaltigkeitserfordernisse in Form rechtlicher Vorgaben zur Behandlung unterschiedlicher Klassen von Anlagen, abhängig von spezifischen Ratinganforderungen)

Einhegung Steuerparadiese

(deutliche Erhöhung des Drucks, automatischer Datenaustausch über Staatsgrenzen gemäß Vorschlag des Financial Stability Board und der OECD. Alle Wertschöpfungsprozesse wie ihrer finanziellen Seite sollten transparent sein und in

fairer Weise Steuern zahlen; ggf. Kappen elektronischer Transaktionskanäle zu Steuerparadiesen)

Engere Anbindung von Finanz-Instrumenten an die Realökonomie
(hohe Transparenz über Volumina und Halter von Finanzinstrumenten, Nachweis von Lieferfähigkeit, Verbot von Warentermingeschäften zwischen Finanz-Instituten ohne Bezug zu realen Geschäften)

Leerverkäufe / Kreditabsicherung

(nur für Halter der versicherten realökonomischen Basis zulässig, generelle Bevorzugung echter Versicherungen; deutlich kleinerer Kredithebel in diesem Bereich)

Verbot von Security Lending

(inklusive Derivate Lending)

Regulierung von kritischen Märkten

(Nahrung, bestimmte Rohstoffe etc.)

Deutliche Korrektur des „**fair value Prinzip**“ in der Bilanzierung

(Eigenkapital und Vermögenswerte, insofern als sie als Sicherheiten dienen, ehrlich, konservativer und vorsichtiger bewerten als bisher, gerade auch im Finanzsektor und im Bereich der Kreditgenerierung)

Öffentlichkeit aller Finanz-, Handels- und Transaktionsinfrastrukturen

(Handelsabwicklungsplattformen und Depotverwahrerstrukturen sind einer öffentlichen Aufsicht zu unterstellen)

Reguläre Bankgeschäfte und Casino-Geschäfte rigoros trennen

(Untersagen riskanter Eigenhandelsgeschäfte für Kreditinstitute)

Verstärkte Corporate Governance und Corporate Social Responsibility Verpflichtungen der gesamten Finanzbranche (Haftung und Steuerehrlichkeit, strafrechtliche Konsequenzen bei Missbrauch, z. B. bei Steuerdelikten und Insidergeschäften, zumindest in dem heute in den USA üblichen Umfang (in der Regel signifi-

kante Gefängnisstrafen), Verunmöglichung steuerfreier Off-shore-Geschäfte, ggf. durch Isolation entsprechender Steuerparadies)

Grenzen für Gehaltsexzesse

(Regulierungen auf G-20-Ebene zu Gehaltsstrukturen und Boni, inklusive korrespondierende Besteuerungsniveaus)

Die risikofreie Rendite auf Basis best-gerateter Staatsschuldverschreibungen kann maximal die Höhe des jeweiligen Wirtschaftswachstums sein. In diesem Bereich müssen Staaten ihre koordinierte Macht bei der Emittierung von Staatsschuldverschreibungen in Spiel bringen und/oder muss Besteuerung greifen, mindestens so sehr wie bei Arbeitnehmern und im Mittelstand. Hohe Renditen im Finanzsektor können nur resultieren aus der Förderung von Wachstum durch Risikoübernahme und Finanzierung von Innovationen in der Realökonomie. Jedes solche Wachstum muss mit Nachhaltigkeit kompatibel sein, also innerhalb der ökonomischen Tragfähigkeit der Erde stattfinden, sowie vor allem auch der nachhaltigen Entwicklung, der Armutsüberwindung und einer höheren Verteilungsgerechtigkeit dienen. Dies korrespondiert in wesentlichen Aspekten zum Konzept einer „Green Economy“ gemäß den UNEP Planungen für den Rio+20-Gipfel (Wirtschaftswachstum mit stark reduziertem Umweltverbrauch).

Bausteine erforderlicher Veränderungen: Realökonomie

Weltweite Durchsetzung von vereinbarten Standards

(z. B. Durchsetzung der UN-Menschenrechte; der ILO-Vereinbarungen, der Millenniumsentwicklungsziele)

Gemeinwohlorientierung des Wirtschaftens / des Eigentums

(Eigentum und Gemeinwohlorientierung gleichermaßen gesetzlich / regulativ fördern)

Voraussetzung für Konsens über Standards schaffen

(Querfinanzierung sozialer und ökologischer Leitplanken; z. B. aus globaler Besteuerung)

Bessere Regulierung innerhalb der WTO

(endlich Durchsetzung der Orientierung des Welthandels an Nachhaltigkeitszielen; Zulassung von Prozessstandards)

Mindeststeuervolumen für Staaten

(abhängig vom „BIP“-Größe/pro Kopf, Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen)

Ökologische Steuerreform

(substantielle Ökologisierung der Besteuerung; Abbau von Subventionen für Umweltbelastende Aktivitäten; „Green Budget“)

Automatischer Datenaustausch bei steuerlich-relevanten Vorgängen

(Durchsetzung des von Seiten des Financial Stability Boards und der OECD favorisierten automatischen Datenaustauschs, zwischen Staaten in steuerrelevanten Fragen, im Finanzsektor sowie in der Realökonomie)

Mindestlöhne zur Überwindung der Armut

(abhängig von der „BIP“-Größe pro Kopf; keine „Working Poor“)

Mindestsozialstandards zur Überwindung der Armut

(abhängig vom „BIP“/pro Kopf)

Stärkere **Balance** der Einkommensverteilung

(innerhalb des Spektrums der OECD Staaten führt mehr Balance zu besser funktionierenden Gesellschaften. Instrumente betreffen Mindestlöhne, größere Balan-

ce der Einkommensspreizung, Art und Nutzung von Steuern und Abgaben, Querfinanzierung im Bereich der Sozialsysteme)

Von der Weltgemeinschaft gemeinsam verantwortete **Minimal-Allowance**
(von z. B. 0,5 USD pro Tag für die Ärmsten zur endgültigen Überwindung des Hungers von Menschen)

Ende der Begünstigung grenzüberschreitender Prozesse und Abläufe
(im Verhältnis zu Inlandsprozessen, z. B. bezüglich Transparenz, Sozialabgaben, Besteuerung)

Strafrecht für Fehlverhalten
(Steuerbetrug, Insiderhandel, etc. als schwere Delikte strafrechtlich verfolgen und ahnden; inkl. ggf. signifikante Gefängnisstrafen wie heute in den USA)

Jederzeit transparente **gemeinwohlorientierte Eigentumsverhältnisse**
(über Mindestanforderungen an Besitzfristen und, wo erforderlich, Grundbuchqualitäten von und Verantwortungsübernahme für Besitz / keine anonymen Truststrukturen)

Hohe Selbstverpflichtung auf Branchenebenen
(Durchsetzung über starke globale Branchenverbände / Beispiel: Semiconductor Industry Association)

Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen

(zur Stärkung einer mit Nachhaltigkeit kompatiblen weltweiten Ordnungsstruktur und Governance. Zu dem international vorliegenden Vorschlag für eine solche Versammlung liegt mittlerweile z. B. ein zustimmendes Votum des Europäischen Parlaments vor)

Für eine Realökonomie, die allen zugute kommt, nicht nur den „Stärksten“.

Bausteine erforderlicher Veränderungen: Reformfordernis in Europa

Für ein **stärkeres Europas**

(nur in Gemeinsamkeit kann Europa seine Interessen wahren und zu einer lebenswerten Zukunft beitragen)

Weitere Schritte hin zu einer stärker bundesstaatlichen Struktur in Europa
(Koordination von Wirtschaft, Steuern, Finanzen, Soziales, Umwelt)

Europa als **nachhaltiger** Raum

(sozial und bezüglich Umwelt, Ressourcen, Klima)

New Deal für Europa

(Wohlstand für die breite Bevölkerung)

Enge Verschuldungsobergrenzen mittelfristig gemeinwohlorientiert durchsetzen
(nach vorheriger gemeinwohlorientierte Entschuldung; primär finanziert aus der Besteuerung des Finanzsektors und grenzüberschreitender ökonomischer Aktivitäten)

Supranationale Koordination und Aufsicht

(falls Stabilitätsregeln und Abmachungen nicht eingehalten werden)

Stärkere interne **Querfinanzierung** in Europa

(höhere Transfers und interner Marshall Plan zugunsten europäischer Staaten mit niedrigem Wohlstandsniveau)

Europa als nicht auflösbarer Haftungsverbund – **Fiskalunion**

(wie die USA; spekulative Angriffe gegen einzelne EU-Staaten unmöglich machen)

Strikte Vorgaben für Rating Agenturen in Europa

(Vorgaben an Rating Agenturen, die aus dem EU Raum heraus für ihre Ratings bezahlt werden dürfen; Einbinden von Gemeinwohl- und Nachhaltigkeitsanforderungen)

Erweiterung des Mandats der EZB bzw. des Rettungsschirms EFSF bzw. Etablierung eines European Monetary Funds

(Stärkung des europäischen Instrumentensystems; Etablierung eines Lender of last resort in Verbindung mit Schritten in Richtung Etablierung einer Fiskalunion)

Etablierung eines europäischen Staatsfinanzierers

(Erweiterung des Mandats der EZB; ersatzweise: Etablierung eines leistungsfähigen Systems von Eurobonds. Durchsetzung eines langfristigen, risikofreien Zinsniveaus für „sichere“ europäische Staatsanleihen unterhalb der Wachstumsraten der Realökonomie als Baustein der Etablierung einer Fiskalunion)

Stärkung **innereuropäischer Demokratieinstrumente**

(In der Zukunft muss die demokratische Basis der EU deutlich gestärkt werden)

Eine stärker bundesstaatliche EU als ökosoziales Modell für die Welt.

Bausteine erforderlicher Veränderungen: Eine Ordnung der Balance

Das Geld- und Kreditsystem soll eine „**dienende**“ Rolle einnehmen.

„Plündern“ darf sich nicht lohnen, weder im Geldsektor noch in der Realökonomie und auch nicht zu Lasten sozialer und ökologischer Anliegen

(1) **Der Markt muss haften** (⇒ Fairer Stabilitätsmechanismus)

- Stabilitätsabgabe: Eine Schwellgeldsteuer (Leverage Money Tax), eine Produktsteuer auf die Schöpfung von Finanzprodukten

- Geldumlaufsicherung: Das Horten von Zentralbankengeld bei allen Finanzinstituten unterbinden durch eine Maximalreservebegrenzung

(2) **„Sanfte“ Entschuldung**, Ökosoziale Märkte (⇒ Stabilitätsmechanismus für Co-Finanzierung)

- Gemeinwesen ausbauen für umweltgerechtes Wirtschaften
- Stabilitätsabgabe zur Finanzierung von Bildung, alternative Energien etc.

(3) **Transparenz und Haftung** (⇒ den Finanzsektor endlich einhegen)

- „Grundbuch“ für Finanzprodukte
- Öffentliche Ratingagentur
- Niederstwertprinzip statt „fair value“ für Eigenkapital und Vermögenswerte
- Das Monopol der Handelsabwicklungsplattformen und Depotverwahrer brechen

(4) **Globale Fairness und Stabilität** (⇒ Ein 7-Punkte-Plan für ein Weltfinanzsystem in Balance)

- Bindende Umweltstandards auf UN Ebene
- Bindende Sozialstandards auf ILO Ebene
- Verfahrensstandards in der WTO, die auf Umwelt- und Sozialstandards Bezug nehmen
- Globaler Vertrag: Co-Finanzierung von Standards
- Harmonisierung der Steuersysteme und Stabilitätsabgabe
- Schwellgeldsteuer / Leverage Money Tax zur Finanzierung von Balance
- Fairer Stabilitätsmechanismus

Ziel: eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft

Der Finanzsektor als größte kurzfristige Herausforderung

Die Ausführungen in Kap. 8 machen deutlich, dass sich die Welt im Stress befindet. Der aktuelle Bericht an den Club of Rome "2052" – düstere Zukunftsvorhersage" [41] thematisiert, dass die **Kurzfristorientierung von Politik und Kapitalismus** dafür verantwortlich ist, dass wir in den wichtigen Fragen der Menschheit nicht weiterkommen. Dies wird erschwert durch die fehlenden Mechanismen für supranationale Politik mit Zielpotential. Richard von Weizsäcker, der frühere Bundespräsident und Bruder von Carl Friedrich von Weizsäcker, der Vater des Begriffs „**Weltinnenpolitik**“, schrieb in diesem Kontext bereits 1993 [59]:

„Als der Uno Sicherheitsrat vor knapp fünfzig Jahren geschaffen wurde, definierte man Sicherheit primär militärisch. Inzwischen sind die Waffensysteme immer stärker, raffinierter und teurer geworden.

Zugleich erkennen wir ihre völlige Machtlosigkeit gegenüber den Hauptgefahren der Menschheit, nämlich der zentralen und universalen Bedrohung der Lebensbedingungen und der Natur durch Industrienationen und Entwicklungsländer in West und Ost und Nord und Süd.

Während der vergangenen 25 Jahre hat sich in Afrika die Zahl von Menschen und Vieh vervierfacht. Damit geht eine Ausbeutung des Bodens einher, für die auch wir im Norden eine Mitverantwortung tragen: Wir beanspruchen für unsere Ernährung viel Eiweiß, Fett und tierische Produkte, für deren Erzeugung wert , rolle pflanzliche Kalorien, Soja und Mais, verschwendet werden. Es sind die Rindfleischimperien, die riesige Waldflächen in Weideflächen umgewandelt haben, welche dann nach wenigen Jahren veröden. Unsere Holz- und Möbelindustrie und wir als ihre Kunden beschleunigen die Umwandlung von Naturwald in Holzplantagen. Die Landflucht in die Riesenstädte verändert und verschärft die Not. Statt uns in die Frage zu verbeißen, wer den Kampf der großen Wirtschaftszentren Amerika, Ostasien und Europa um den Vorrang im nächsten Jahrhundert am ehesten gewinnen könnte, soll-

te jeder Kontinent Maßnahmen entwickeln, was er zum Beispiel gegen die Gefahr einer globalen Erwärmung der Atmosphäre tun kann und muss, und zwar bevor wir darüber noch genauere wissenschaftliche Prognosen bekommen.

Von entscheidender Bedeutung sind also Beiträge aus der Völkergemeinschaft, um den Teufelskreis von mangelnder Ausbildung, Armut, Bevölkerungswachstum, Hunger, Waldsterben, Umweltzerstörung, Migration, Verletzung der Menschenrechte zu durchbrechen.

Man kann dem früheren Bundespräsidenten nur zustimmen. Mit Blick auf die Weltkonferenz Rio +20, die in diesem Jahr im Juni erneut in Rio de Janeiro stattfindet, sind Global Governance und Green Economy die zentralen Themen. Vielleicht gelingt es der Weltgemeinschaft in Rio, einer „**Welt im Stress**“ endlich den Ausweg in bessere Zeiten und eine nachhaltige Entwicklung zu weisen: **Öko-sozial statt marktradikal.**

9. 2°C-Ziel Post-Kyoto - Wälder als Joker

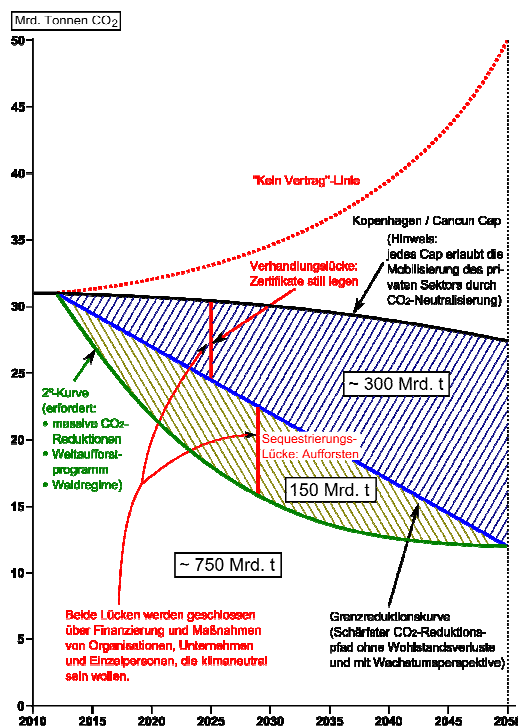
Die internationale Staatengemeinschaft kommt in Bezug auf den Klimaschutz nur sehr langsam zu gemeinsamen Beschlüssen [44, 45, 59, 60]. Die weltweiten CO₂-Emissionen steigen weiter. Letztes Jahr wurde der **Höchststand** erreicht, zugleich wurden die **höchsten jährlichen Zuwächse** realisiert. In dieser Situation stellt sich die Frage, ob der aktuelle Verhandlungsstand nach den Klimakonferenzen in Kopenhagen und Cancún die Basis für einen Post-Kyoto-Vertrag sein kann, mit dem das **2°C-Ziel** noch zu erreichen ist. Diese Frage wird im vorliegenden Text auf der Basis einer FAW/n-Analyse [39, 40] **positiv** beantwortet. Allerdings verlangt eine Zielerreichung komplexe, miteinander verknüpfte Entscheidungen und Maßnahmen, inklusive einem massiven **weltweiten Aufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm**, und es ist eher unwahrscheinlich, dass die Weltgemeinschaft diesen Weg gehen wird. Die Nichterreichung des 2°C-Ziels ist viel wahrscheinlicher.

Im Folgenden wird ein auf mathematischen Analysen basierendes Ansatz zur Erreichung des 2°C-Ziels präsentiert und zugleich als ein Teilaspekt die zentrale Rolle des **Waldschutzes** und der **Wiederaufforstung** für eine Zielerreichung heraus. Dabei geht es vor allem um **Zeitgewinn** für die notwendigen CO₂-Reduktionen. Das entsprechende Zeitfenster besteht allerdings nur noch für wenige Jahre [43]. Hinweise auf die Bonn Challenge-Regierungskonferenz zum Thema Weltaufforstungs- und Landschaftsrestaurierung vom 02.09.2011 in Bonn und die Herausarbeitung der Bedeutung des Instruments der **Klimaneutralität** in Verbindung mit einem entsprechenden Aufforstprogramm auf 1,5 Mio. km² bis zum Jahr 2020 und 5 Mio. km² bis zum Jahr 2050, komplettieren die Überlegungen.

Ergebnisse der FAW/n-Studie

Die wesentlichen Einsichten der zugrundeliegenden FAW/n-Studie [39] werden im Folgenden erläutert (vgl. auch die nachfolgende Abbildung).

Abbildung 1:
Ein Klimavertrag nach Kopenhagen und Cancún
- div. Caps und Reduktionspfade



Die Weltgesellschaft muss zur Erreichung des 2°C-Ziels die CO₂-Emissionen aus fossilen Quellen von heute 31 Mrd. Tonnen auf 10–12 Mrd. Tonnen im Jahr 2050 absenken. Tatsächlich weisen die Trends im Moment aber eher in Richtung 60 Mrd. Tonnen. Die Absenkung auf die Zielgröße ist dabei noch das kleinere Problem, schwieriger ist die Einhaltung der sogenannten **WBGU-Budget-Gleichung** [59, 60] bezüglich des noch zulässigen kumulierten Volumens an CO₂-Emissionen aus fossilen Quellen in den nächsten 40 Jahren. Dieses liegt bei maximal 650 bis 750 Mrd. Tonnen. Sollten Zusatzbelastungen aufgrund **nicht-linearer Effekte** im Klimasystem hinzukommen, verringert sich die zulässige Emissionsmenge noch einmal um 150 bis 200 Mrd. Tonnen. Die Erfüllung der Budgetrestriktion erfordert aus rein rechnerischen Gründen eine sofortige massive Absenkung der CO₂-Emissionen in Form einer **grünen Emissionslinie** (mindestens 1 Mrd. Tonnen Absenkung pro Jahr in den nächsten 15 Jahren), was wiederum aufgrund vieler vorliegender Analysen (vgl. dazu die Hinweise in [39]) ohne massiven Wohlstandsverlust undenkbar ist.

Ohne Wohlstandsverlust und mit Wachstumsperspektive in der sich entwickelnden Welt, insbesondere in Ländern wie China und Indien, ist maximal wohl eine jährliche Absenkung um etwa die Hälfte der oben genannten Größenordnung, also um 1/2 Mrd. Tonne CO₂-Emissionen über die nächsten 40 Jahre, denkbar (**Grenzreduktionskurve** in Abbildung 1), wobei eine genaue Quantifizierung schwierig ist. Eine solche Absenkung erfordert weltweit den forcierten Umbau der Ökonomie, den Wechsel zu „**grünem**“ **Strom**, eine deutliche **höhere Energieeffizienz** und **veränderte Lebensstile**, wie dies oben bereits dargestellt wurde.

Dass nicht mehr als 1/2 Mrd. Tonne CO₂-Emissionen pro Jahr eingespart werden können, liegt an dem hohen Emissionszuwachs in den großen Schwellenländern, die aus nachvollziehbaren Gründen auf **massives weiteres Wachstum** setzen. Wachstum ist das dort dominierende Thema.

Daraus folgt: Die Weltgemeinschaft kann selbst im günstigsten Fall das 2°C-Ziel nicht mehr alleine durch Konzentration auf Technik und veränderte Lebensstile erreichen, obwohl diese natürlich der Schlüssel für die Lösung des Klimaproblems bleiben und bis 2050 ein Absinken der CO₂-Werte auf **ein Drittel** des heutigen Niveaus erreicht werden muss.

Bis zum Jahr 2050 verbleibt aufgrund des Gesagten eine zu schließende Lücke von mindestens 150 bis 350 Mrd. Tonnen CO₂ zwischen der Grenzreduktionslinie und der grünen Emissionslinie, die der Atmosphäre entzogen werden müssen. Diese Lücke wird im Weiteren als **Sequestrierungslücke** bezeichnet (Differenz zwischen blauer und grüner Linie in Abbildung 1). Sie ist aber nicht das einzige Problem auf dem Weg zu einem funktionierenden Klimaregime. Hinzu kommt: Die Regierungen der Welt werden sich absehbar nicht auf die denkbar schärfste Cap-Linie (Grenzreduktionslinie in Abbildung 1) einigen, die mit dem 2°C-Ziel kompatibel ist. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass der genaue Wert dieser Linie nur in einem dynamischen Prozess Jahr für Jahr bestimmt werden kann, und zum anderen damit, dass die Verteilung der „Lasten“ bei Durchsetzung dieser Linie enorm konfliktbeladen ist. Die Staaten der Welt werden sich aber hoffentlich auf eine Linie einigen können, die wir im Weiteren (wie in Abbildung 1) die (deutlich weniger ambitionierte) **Kopenhagen-Cancún-Linie** nennen. Hier ist dann eine zweite Lücke von etwa 300 Mrd. Tonnen CO₂-Emissionen bis 2050 zu schließen, die sogenannte **Verhandlungslücke**. Ein in dieser Logik entwickelter Vertragsvorschlag wird nachfolgend vorgestellt.

Der FAW/n-Vorschlag für ein neues Klimaregime [39]

(1) Verabredung eines **weltweiten (parametrisierten) Cap begrenzter Qualität** für CO₂-Emissionen, möglichst schon ab Ende 2012, entlang der **Kopenhagen-Cancún-Kompromissformel**: Industrieländer senken ihre Emissionen absolut ab; erklären selber wie viel. Nicht-Industrieländer senken ihre Emissionen relativ zu ihrer wirtschaftlichen Wachstumsrate ab; erklären selber wie viel. Freiwillige Zahlungen industrialisierter Länder in einen Klima-

fonds zu Gunsten nicht-industrialisierter Ländern sollen diesen helfen, sich zu beteiligen (Ergebnis: Kopenhagen-Cancún-Linie in Abbildung 1).

(2) Schließen der **Verhandlungslücke**, also der Lücke zwischen einem Klimavertrag vom Kopenhagen/Cancún-Typ und dem striktesten möglichen Cap für weltweite CO₂-Emissionen, das mit der Perspektive weiteren Wachstums verträglich ist (Grenzreduktionslinie in Abbildung 1). Die Verhandlungslücke könnte durch Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen durch den Kauf entsprechender Volumina an Klimazertifikaten zu Stilllegungszwecken geschlossen werden. Ein derartiges Stilllegungsprogramm erfordert eine strikte Regulierung auf UN-Ebene.

(3) Schließen der Lücke zwischen dem striktesten möglichen Cap, das mit der Perspektive weiteren Wachstums verträglich ist (Grenzreduktionslinie in Grafik 1) und dem Cap, das erforderlich ist, um das 2°C-Ziel zu erreichen (grüne Emissionslinie, 2°C-Kurve in Grafik 1), die sogenannte „**Sequestrierungslücke**“. Die Sequestrierungslücke kann durch ein mit Finanzmitteln unterlegtes Weltwaldschutzprogramm und durch ein Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm geschlossen werden, das bis zum Jahr 2020 etwa 1,5 Mio. km² und bis zum Jahr 2050 etwa 5 Mio. km² degradiertes Wald- und Landschaftsflächen restauriert. Auch hierfür wird ein strikter UN-Rahmen benötigt.

(4) Aktivierung der Finanzkraft und des administrativen Potentials interessierter Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen zur Schließung der Verhandlungs- und der Sequestrierungslücke über das Angebot einer international abgestimmten Form der **Klimaneutralität** für diesen Interessentenkreis, und zwar durch Stilllegung entsprechender CO₂-Emissionsrechte und/oder Finanzierung eines Waldschutzprogramms und/oder eines Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramms entsprechenden Umfangs.

Der **Kopenhagen/Cancún-Kompromiss**, der auf eine Einigung zwischen den USA und China in dieser Frage zurückgeht, ist eine intelligente Formel und ist im

politischen Raum (als ein **Minimalkonsens**) in großer Breite akzeptabel. Er ist politisch vertretbar und vergleichsweise fair, er übersetzt die Kyoto-Formel in eine deutlich schärfere Form und könnte in flexibler Weise erweitert werden um einen jährlichen Beschluss der Weltgemeinschaft über die Jahr für Jahr durch Schließen der Verhandlungslücke zu fixierende genaue **Grenzreduktionslinie**, orientiert an der Frage, wie das vielfach geforderte „Wachstum“ der Wirtschaft, das zunehmend ein dematerialisiertes, mit Nachhaltigkeit kompatibles („grünes“) Wachstum werden muss, noch realisiert werden kann [44, 45].

Verhandlungstechnisch ist der größte Vorteil des Kopenhagen-Cancún-Cap, dass einem solchen Cap fast alle Staaten zustimmen können und dies auch bereits signalisiert haben. Diese können dann in Absprache untereinander und **WTO-kompatibel** solche Staaten, die nach wie vor eine Beteiligung ablehnen, über die Einführung von **Grenzausgleichsabgaben** materiell dazu zwingen, sich ebenfalls zu beteiligen [39].

Damit entsteht ein weltweites **Carbon-Leakage-freies Klimaregime**, mit dem im Prinzip das 2°C Ziel erreicht werden kann, ganz im Unterschied zum heutigen Zertifikatesystem in der EU. In dem beschriebenen Ansatz sind in **Arbeitsteilung** zwischen Politik und Privatsektor (Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen) die zwei beschriebenen Lücken (Verhandlungslücke und Sequestrierungslücke) zu schließen. Die Verhandlungslücke wird nach unseren Schätzungen über den Zeitraum von 40 Jahren bei etwa 300 Mrd. Tonnen CO₂ liegen, die Sequestrierungslücke, abhängig von eventuell auftretenden nichtlinearen Effekten im Klimasystem, bei 150-300 Mrd. Tonnen.

Das Schließen der Lücken wird am einfachsten durch Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen, die sich **klimaneutral** stellen wollen, geleistet werden können. Das ist bereits heute ein großes Thema. Hingewiesen sei exemplarisch auf das Projekt „CO₂-neutrale Landesverwaltung Hessen“ (<http://www.hessen-nachhaltig.de/web/co2-projekt/2>) sowie darauf, dass die Deutsche Bahn, die Lufthansa und DHL alle ihre Produkte mittlerweile klimaneutral anbieten. Ferner haben Unternehmen wie die Deutsche Bank und der französische Logistik-

dienstleister DPD erklärt, ab 2013 **alle** ihre Klimagasemissionen klimaneutral zu stellen. Klimaneutralität wird zu einem Megatrend. Es gibt auch bereits einen **Ethikappell** führender Ethiker in diese Richtung (www.klimaneutral-handeln.de). Nicht zuletzt sind es Reputationsanforderungen und der Druck von Konsumenten, die wesentlich in diese Richtung wirken.

Ein robustes, durch die Weltgemeinschaft gestütztes Angebot von Möglichkeiten zur **Erreichung von Klimaneutralität** erweist sich in diesem Kontext als Schlüssel für die Erreichung des 2°C-Ziels. Klimaneutralitätszertifikate beziehen sich dabei einerseits auf die **Stilllegung** von CO₂-Emissionsrechten zur Schließung der Verhandlungslücke, auf **Weltwaldschutz** und auf ein **Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm** auf 1,5 Mio. km² bis zum Jahr 2020 und 5 Mio. km² bis zum Jahr 2050 zur Schließung der Sequestrierungslücke. Solche Programme sind vom Win-Win Typ und bringen Wohlstand in ärmere Länder und gleichzeitig Beiträge zum Klimaschutz. Restaurierter Wald kann und soll dabei in einem etwa 40-Jahres-Rhythmus genutzt werden, wobei immer sofort wieder aufgeforstet wird. Die Zeitsituation ist dabei kritisch. Wie in [43] gezeigt wird, hätte die Weltgemeinschaft vor 8 Jahren das 2°C-Ziel auch noch ohne Weltaufforstungs- und Landschaftsrestaurierungsprogramm erreichen können, in 8 Jahren wird selbst ein entsprechendes Programm auf 10 Mio. km² nicht mehr ausreichen. 10 Mio. km² ist nach vorliegenden Analysen [62] die Obergrenze an weltweit verfügbaren marginalisierten Flächen, die zur Nutzung für das Programm in Frage kommen.

(1) **Wo sollen die großen Aufforstungen erfolgen** und gibt es die erforderlichen Flächen?

Die Aufforstung soll primär auf Flächen in den sich entwickelnden Ländern erfolgen, die früher abgeholzt wurden, und zwar in solchen Fällen, in denen die Böden heute ausgelaugt sind und eine attraktive, ökologisch tragfähige alternative Nutzung nicht mehr sinnvoll möglich ist. Nach den oben erwähnten Untersuchungen des World Resources Institute [62] gibt es etwa 5 bis 10 Mio. km² solcher Flächen weltweit, die flächenmäßige Basis für die angedachten Programme ist also vorhanden.

(2) **Wie ist die Nutzungskonkurrenz?**

Die betreffenden Flächen sind heute zum Anbau von Nahrungsmitteln und Agro-Treibstoffen nicht geeignet, insofern gibt es keine direkte Konkurrenz. Allerdings kann sich die Flächenkonkurrenz in den nächsten Jahren wieder verschärfen.

(3) **Weltweite Waldaufforstung und Landschaftsrestaurierung** besitzt eine Vielzahl von **Win-Win-Potenzialen**, von verbessertem Wasserhaushalt über neu entstehende Infrastruktur, von Arbeitsplätzen über Ernährung, von vielfältigen Werkstoffen und nutzbaren Materialien bis zu einem enormen Volumen an Biomasse und erschließbarer Formen von erneuerbarer Energie. In Bezug auf erneuerbare Energie geht es bei einer Nutzung des gesamten Aufforstvolumens im 40 Jahreszyklus um das Äquivalent von etwa 1,8 Mrd. Tonnen Steinkohle pro Jahr. Das ist das Volumen, das die Nicht-Industrieländer heute pro Jahr verbrauchen [39]. Wird Holz als Rohstoff genutzt, was sehr sinnvoll ist, dann kann das CO₂ der Atmosphäre noch viel länger und in noch größeren Volumina entzogen werden. Hinweis: Es geht, wie zuvor beschrieben, bei dem Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm **primär um Zeitgewinn** [43]. Das einmalige Entziehen von CO₂ aus der Atmosphäre bleibt bei regelmäßiger Waldnutzung und sofortiger Aufforstung übrigens erhalten.

(4) **Sind die Kosten tragbar?** Über 40 Jahre geht es (inklusive Waldschutz) um die Stilllegung bzw. Neutralisierung von bis zu 800 Mrd. Tonnen CO₂, also pro Jahr im Mittel um etwa 20 Mrd. Tonnen, das entspricht pro Jahr vom Umfang her etwa 2/3 der heutigen jährlichen weltweiten CO₂-Emissionen aus fossilen Quellen. Diese übersetzen sich unter Berücksichtigung der aus Aufforstprogrammen resultierenden erheblichen zukünftigen Einnahmen in 200-400 Mrd. Dollar pro Jahr als erforderliches Finanzvolumen, das von Seiten des privaten Sektors zur Erreichung von Klimaneutralität aufgebracht werden müsste. Wenn nur gut das **reichste Prozent der Weltbevölkerung** - dies sind 100 Mio. Menschen - je 2.000-4.000 Dollar pro Jahr direkt oder indirekt (über nachgefragte Güter und Dienstleistungen) für Klimaneutralität aufbringen, wäre das benötigte Finanzierungsvolumen bereits erreicht. Zugleich wäre damit eine **komplementäre Ge-**

Rechtigkeitslücke zwischen reichen und armen Ländern, nämlich die zwischen Normalbürgern und Premiumkonsumenten geschlossen. Tatsächlich ist die Basis für eine Mit-Finanzierung sogar deutlich größer als nur 1 % der Bevölkerung und insofern sind die Aussichten auf Zielerreichung nicht schlecht, wenn die internationale Politik die entsprechenden Voraussetzungen schafft, z.B. in Form des hier vorgeschlagenen Ansatzes.

Zeit als Schlüsselressource

Es geht bei dem beschriebenen Weltwaldaufforstungs- und Landschaftsrestaurierungsprogramm **nicht** um eine Alternative zum Umbau der Industriegesellschaft zu immer mehr „grüner“ Energie und zu daran angepassten Lebensstilen. Diese Veränderungen müssen in jedem Fall erfolgen, wenn das 2°C-Ziel erreicht werden soll. Es geht vielmehr darum, in einem Parallelprozess die erforderliche Zeit zu einer maximalen Ausschöpfung der Möglichkeiten im technisch-organisatorischen Bereich und bezüglich der Lebensstile zu gewinnen, unter dem Motto: **„Einmal Klimaschutz ist nicht genug“**. Ohne die Erschließung eines Zeitgewinns ist das 2°C-Ziel in politisch konsensfähiger Weise **nicht mehr erreichbar**. Die Zeitnot resultiert daraus, dass die Staaten der Welt schon viel zu lange keine Einigung bzgl. eines tragfähigen Klimavertrags zustande gebracht haben. Klimaneutralität ist der Finanzierungsschlüssel zur Erreichung des beschriebenen Ziels und damit das Gegenteil von **„Freikauf“**, wie Aufforstung manchmal abqualifiziert wird. Beide Handlungsstränge müssen parallel mit höchster Kraft verfolgt werden. Da der Staatengemeinschaft die Zeit unwiederbringlich wegläuft, sind massive Schritte erforderlich. Schon in 8 Jahren wird uns selbst der „Joker Wald“ die Chance für das 2°C-Ziel nicht mehr eröffnen [43]. Wir müssen rasch handeln oder das 2°C-Ziel aufgeben.

10. Führung in schwierigen Zeiten: die Bedeutung eines situativen Vorgehens (Doppelstrategie)

Der beschriebene Hintergrund einer globalen marktradikalen Entfesselung hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Möglichkeiten von Politik in Europa und ebenso die Möglichkeit von Unternehmen im **weltweiten Wettkampf um Kunden und Märkte** [27, 28, 31]. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Europas unter den bestehenden weltweiten Rahmenbedingungen zwingt auch die Europäer immer stärker dazu, sich der Logik des marktradikalen, entfesselten Wirtschaftsmodells zu unterwerfen, auch weit über einen sicher ebenfalls erforderlichen, vernünftigen Umfang an Deregulierung hinaus. Das vielleicht größte Problem besteht darin, dass globale Akteure unter dem Aspekt der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auch bei uns **nicht mehr adäquat besteuert werden können**. Dies gilt übrigens auch für viele gut verdienende Steuerzahler. Anders betrachtet muss eingesetztes Eigenkapital mit **überzogenen Renditen** bedient werden, da dieses sonst an andere Standorte ausweicht. **Steueroasen**, Off-shore-Bankplätze, und manche Sonderentwicklungszonen sind, wie oben dargestellt, Teil des Problems. Hier ist eine weltweite Koordination zwischen den entwickelten Staaten erforderlich, um diese Missstände ein für alle Mal auszuschalten. Dies ist ein Thema, auf das z.B. der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt immer wieder nachdrücklich hingewiesen hat [51] und dessen sich, wie beschreiben, auch der G20 Prozess im Kontext der Bewältigung der Weltfinanzkrise angenommen hat [36, 53]. Inzwischen gibt es hier, z.B. in der Wechselwirkung mit der **Schweiz und Lichtenstein** bezüglich der Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland, erste Fortschritte.

Die Folgen der problematischen, weltweit ablaufenden Prozesse sind in Europa zunehmend zu beobachten, und zwar in Form des Rückbaus der Sozialsysteme, der Privatisierung von Gemeingütern, des Rückbaus im Gesundheitsbereich sowie des Rückbaus der breiten Ausbildung der gesamten Bevölkerung, die bisher noch auf das Ziel der **vollen Entfaltung aller humanen Potentiale** ausgerichtet ist.

In der beschriebenen Situation ist ein **situatives Handeln**, eine **Doppelstrategie** erforderlich [26, 31]. Ein solches Handeln besteht darin, einerseits gegenüber den Bürgern deutlich zu machen, wie aktuelle Globalisierungsprozesse sozialen Rückbau und zunehmende Unterlaufung ökologischer Standards zur Folge haben, und andererseits konsequent an besseren weltweiten Rahmenbedingungen zu arbeiten, um diese inakzeptable Situation baldmöglichst durch internationale Abkommen zu überwinden. Intelligente Ansätze im Bereich Umwelt und Klima, wie das in Kap. 9 beschriebene Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm, können dabei Chancen eröffnen. Bei geringen Kosten bei uns wird mehr für den Umweltschutz und das Klima bewegt. Weltweite Partnerschaften zu wechselseitigem Vorteil bekommen eine Chance – Win-Win-Ansätze.

Eine »Intelligente doppelstrategische Verteidigungslinie« in Europa zur Bewältigung der aktuellen Probleme vor dem Hintergrund der Globalisierung ist aufgrund des Gesagten das Ziel. In Kap. 10 wurden Hinweise darauf gegeben, wie das aussehen kann – mit Blick auf die **ganze Welt**, aber auch **Europa** und mit Blick auf den **Finanzsektor** wie die **Realökonomie**.

Dies erfordert:

- Anstrengungen für ein vernünftiges Design der globalen Ökonomie (**aktive Globalisierungsgestaltung** [34]).
- Organisation intelligenter Verteidigungsprozesse in Deutschland und Europa, solange ein vernünftiges weltweites Ordnungsregime noch nicht implementiert ist (vgl. ergänzend auch www.bwa-deutschland.de).

Literatur

1. Alt, F., Gollmann, R., Neudeck, R.: Eine bessere Welt ist möglich – Ein Marshallplan für Arbeit, Entwicklung und Freiheit, Riemann Verlag, München, 2004.
2. Beck, U., Cohn-Bendit, D.: Wir sind Europa, Manifest 2012.
3. Deutsche Gesellschaft CLUB OF ROME e.V. (Hrsg.), DESERTEC Foundation: Der DESERTEC-Atlas. Weltatlas zu den erneuerbaren Energien, CEP Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 2011.
4. Diamond, J.: Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2005.
5. Foppe, W.: nähere Informationen zur Super-Tief-Bohrtechnologie unter info@foppe-technologien.de.
6. Frey, A.: Das Konzept Weltvertrag: Evaluation internationaler Rahmenbedingungen. Dissertation, 2007.
7. Global Marshall Plan Initiative: Towards a World in Balance – European Hope (TWINS), Ebner & Spiegel Verlag, Dezember 2006.
8. Glotz, P.: Die beschleunigte Gesellschaft – Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus. Rowohlt Verlag, April 2001.
9. Grassmann, P. H.: Burn out. Wie wir eine aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder ins Lot bringen, oekom-Verlag, München, 2010.
10. Herlyn, E., Radermacher, F. J.: Ökosoziale Marktwirtschaft, Wirtschaften und Wachsen unter Constraints der Nachhaltigkeit. Erscheint in: Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie (H. Rogall, ed.), 2012.
11. Jarass, L. und G. M. Obermaier: Wer soll das bezahlen? Metropolis Verlag, 2002.
12. Jarass, L. und G. M. Obermaier: Geheimnisse der Unternehmenssteuern, Metropolis Verlag, 2003.
13. Kapitza, S.: Population Blow-up and after. Report to the Club of Rome and the Global Marshall Plan Initiative, Hamburg, 2005.
14. Küng, H.: Projekt Weltethos, 2nd ed., Piper, 1993.
15. Küng, H.: Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft, München, 1997.
16. Küng, H. (ed.): Globale Unternehmen – globales Ethos. Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt, 2001.
17. Küng H., K.-J. Kuschel (ed.): Erklärung zum Weltethos – Die Deklaration des Parlamentes der Weltreligionen, München 1993.
18. Lakoff, G.: Don't Think of an Elephant! Know Your Values and Frame the Debate. The Essential Guide for Progressives. Chelsea Green Publishing, Whit River Junction, Vermont, USA, 2004.
19. Layard, R.: Die Glückliche Gesellschaft – Kurswechsel für Politik und Wirtschaft, Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2005.
20. Mesarovic, M., R. Pestel, F. J. Radermacher: Which Future?, Contribution to EU Projekt Terra (www.terra2000.org), 2003.
21. Müller, A.: Die Reformlüge – 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. Knauer Taschenbuch Verlag, 2005.
22. Neiryneck, J.: Der göttliche Ingenieur. expert-Verlag, Renningen, 1994.

23. Pestel, R., F. J. Radermacher: Equity, Wealth and Growth: Why Market Fundamentalism Makes Countries Poor. Manuscript to the EU Projekt TERRA 2000, FAW, 2003.
24. Radermacher, F.J.: Globalisierung und Informationstechnologie. In: Weltinnenpolitik. Internationale Tagung anlässlich des 85. Geburtstages von Carl-Friedrich von Weizsäcker, Evangelische Akademie Tutzing, 1997 (U. Bartosch und J. Wagner, eds.) S. 105-117, LIT Verlag, Münster, 1998.
25. Radermacher, F. J.: Die neue Zukunftsformel. bild der wissenschaft, Heft 4/2002, S. 78-86, April 2002.
26. Radermacher, F.J.: Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Ökosoziales Forum Europa (ed.), Wien, August 2002.
27. Radermacher, F.J.: Die Zukunft der Wirtschaft: Nachhaltigkeitskonformes Wachstum, sozialer Ausgleich, kulturelle Balance und Ökologie. Tagung des Universitäts.Clubs Klagenfurt, Abbazia di Rosazzo, Friaul/Italien, 2003.
28. Radermacher, F.J.: Perspektiven für den Globus – welche Zukunft liegt vor uns? Festvortrag bei der Eröffnung der Intergeo, Hamburg, September 2003. zfv – Zeitschrift für Geodäsie, Geodateninformation und Landmanagement, Teil 1 in Heft 3/2004, 129. Jg., Juni 2004; Teil 2 in Heft 4, S. 242-248, 2004.
29. Radermacher, F.J.: Global Marshall Plan / Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Ökosoziales Forum Europa (ed.), Wien, September 2004.
30. Radermacher, F.J.: Ökosoziale Grundlagen für Nachhaltigkeitspfade – Warum der Marktfundamentalismus die Welt arm macht. GAIA 13, Nr. 3, 170-175, 2004.
31. Radermacher, F.J.: Der Standort Deutschland im Kontext der Globalisierung: Herausforderung für Menschen, Unternehmen und die Politik, 2005.
32. Radermacher, F.J.: Was macht Gesellschaften reich? Die Infrastruktur als wesentlicher Baustein. In: Infrastruktur für eine nachhaltige Entwicklung (R. Loske, R. Schaeffer, eds.), Metropolis Verlag, Marburg, 2005.
33. Radermacher, F.J.: Globalisierung und Mittelstand: Warum eine falsch laufende Globalisierung soziale Demokratien unter Druck setzt. Festrede anlässlich des SPD-Wirtschaftsempfangs, Berlin, 2005.
34. Radermacher, F.J.: Globalisierung gestalten – Die neue zentrale Aufgabe der Politik. Terra Media Verlag, Berlin, 2006.
35. Radermacher, F.J. Die Subprime-Krise 2007/2008: Finanztechnische Modellierungsfragen und Grenzen der Modellierbarkeit, Interner FAW/n Bericht, Dezember 2008 / aktualisiert März 2009.
36. Radermacher, F.J.: Weltfinanzmarktkrise: Hintergründe, Wirkungsmechanismen, Perspektiven, Interner FAW/n-Bericht, März 2009.
37. Radermacher, F.J., Beyers, B.: Welt mit Zukunft – Überleben im 21. Jahrhundert, Murmann Verlag, Hamburg 2007.
38. Radermacher, F.J.: Die Zukunft unserer Welt – Navigieren in schwierigem Gelände. Edition Stifterverband (Andreas Schlüter, ed.), 2010.
39. Radermacher, F.J.: Weltklimapolitik nach Kopenhagen: Umsetzung der neuen Potentiale. FAW/n-Report, 2010.
40. Radermacher, F.J.: Wege zum 2-Grad-Ziel – Wälder als Joker. Politische Ökologie 127, Bürgerbeteiligung 3.0, S. 128-131, 2011.

41. Radermacher, F.J.: Den Casino-Kapitalismus überwinden. Der Marktfundamentalismus ist gescheitert und „Plünderung“ kein tragfähiges Geschäftsmodell, NGO-Text, November 2011.
42. Radermacher, F.J., S. Wehsener: Musical „The Globalization Saga - Balance or Destruction – Balance oder Zerstörung“. Ulm, 2003. Storybook (ISBN 3-89559-260-9), Video / DVD und CD bestellbar über Fax 0731 50-39111 oder radermacher@faw-neu-ulm.de.
43. Radermacher, F.J.: Klimapolitik und 2°C-Ziel: Uns läuft die Zeit davon. FAW/n-Bericht, 2010.
44. Radermacher, F.J., Bert Beyers: Welt mit Zukunft – Die Ökosoziale Perspektive. Murmann Verlag, Hamburg, 2011.
45. Radermacher, F. J., Josef Riegler, Hubert Weiger: Ökosoziale Marktwirtschaft – Historie, Programm und Perspektive eines zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystems. oekom Verlag, 2011.
46. Randers, Jörgen: 2052: A global forecast for the Next forty Years, 2012
47. Riegler, J.: Antworten auf die Zukunft, Ökosoziale Marktwirtschaft, Adolf Holzhausens Nfg., Wien, 1990.
48. Riegler, J., F.J. Radermacher: Global Marshall Plan: Balance the world with an Eco-Social Market Economy. Ökosozielles Forum Europa, Wien und Global Marshall Plan Initiative, Hamburg, 2004.
49. Sabet, H.: Globale Maßlosigkeit – Der (un)aufhaltbare Zusammenbruch des weltweiten Mittelstands, Ein Report an die Global Marshall Plan Initiative, Patmos Verlag GmbH & Co. KG, Düsseldorf, 2005.
50. Schlaich, J., R. Bergermann, W. Schiel, g. Weinrebe: Aufwindkraftwerke zur solaren Stromerzeugung. Erschwinglich – unerschöpflich – global. CD-ROM mit Begleitheft. Bauwerk Verlag, Berlin 2004, ISBN 3-934369-51-0.
51. Schmidt, Helmut: Beaufsichtigt die neuen Großspekulant, Artikel erschienen in DIE ZEIT Nr. 6, 1. Februar 2007.
52. Solte, D.: Weltfinanzsystem am Limit - Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung, Terra Media Verlag, 1. Auflage November 2007, 2. Auflage, Februar 2009.
53. Solte, D.: Weltfinanzsystem in Balance - Ausgewählte Handlungsoptionen zur Reaktion auf die Krise, Terra Media Verlag, Berlin, April 2009.
54. Spiegel, P.: Faktor Mensch – Ein humanes Weltwirtschaftswunder ist möglich, Ein Report an die Global Marshall Plan Initiative, Horizonte Verlag GmbH, Stuttgart, 2005.
55. Stiglitz, J. E.: Die Chancen der Globalisierung, Siedler Verlag, München, 2006.
56. Tremmel, J. C.: A Theory of Intergenerational Justice, Earthscan Verlag, 2009.
57. von Weizsäcker, C. F., Picht, G.: Bedingungen des Friedens. Göttingen, 1964.
58. von Weizsäcker, E.U., Young, O.R., Finger, M.: Limits to Privatization – How to Avoid Too Much of a Good Thing. Earthscan Publications Ltd., 2005.
59. von Weizsäcker, R.: Außenpolitik muss heute Erdpolitik sein, DIE ZEIT No. 50, <http://www.zeit.de/1993/50/aussenpolitik-muss-heute-erdpolitik-sein/komplettansicht>, 10.12.1993.

60. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU; Hrsg.): Kassensturz für den Klimavertrag – Der Budgetansatz. Sondergutachten, 2008.
61. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU; Hrsg.): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten, 2011.
62. World Resources Institute: Global Map of Forest Landscape Restoration Opportunities. Online at: <http://www.wri.org/map/global-map-forest-landscape-restoration-opportunities>. Washington DC, 2010.
63. Wuppertal Institut für Umwelt, Klima, Energie (Hrsg.): Fair Future – Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. C. H. Beck, 2005.

Weitere Informationen unter: www.bwa-deutschland.de, www.faw-neu-ulm.de oder www.globalmarshallplan.org

Unter der letztgenannten Adresse kann kostenlos der wöchentliche Newsletter der Global Marshall Plan Initiative abonniert werden. Es können dort auch Bücher bestellt werden.

